



# INFORMIERT

---

## GEWERKSCHAFTLICHER LINKSBLOCK

## Es gilt auch weiterhin: Nein zur Privatisierung der Post!

Schweigegeld für Zustimmung, Disziplinierung bei Kritik – das ist zusammengefasst das **Ergebnis der Verhandlungen** des Präsidiums des Zentralaussschusses mit dem Finanzminister, der ÖIAG und dem Post-Vorstand:

- **51 Prozent Staatsanteil wird bis November 2006 garantiert:** Nach der Wahl im November darf der Rest privatisiert werden.
- **Der Sozialplan wird bis 2008 verlängert:** Eine Arbeitsplatzgarantie gibt es natürlich nicht. Bereits von 2000 bis 2005 wurden rund 7.000 Post-Arbeitsplätze vernichtet und rund tausend Post-ämter geschlossen.
- **ÖIAG-Zuschuss für MitarbeiterInnen-Aktien:** Mit den Zuschüsse soll die Zustimmung erkaufte werden, sie sind ein Schweigegeld. Vorzugsaktien verhindern weder den Ausverkauf der Post noch die Vernichtung weiterer Arbeitsplätze.

Als „Zuckerl“ hat man in das „Angebot“ einige Punkte dazu gepackt, die mit dem Börsengang eigentlich gar nichts zu tun haben:

- **Mehraufwand für neue Hausbriefach-Anlagen wird abgegolten:** Keine Rede davon, dass die neuen Anlagen privaten Postdiensten als Konkurrenz der Post den Markt öffnen und von den Hausbesitzern unter Strafandrohung (30.000 Euro) schon 2006 installiert werden müssen.
- **Ernennungen von Beamten bis 2008:** Wieviele PostlerInnen pragmatisiert werden wird nicht gesagt, wahrscheinlich nur einige genehme Spitzenposten.
- **Pensionskasse:** Ist eine bloße Verhandlungszusage schon ein Erfolg?

Bei Annahme des Angebotes würden die „gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen beendet“: **Wo bitte wurde gekämpft?** Der Streikbeschluss vom Vorjahr hat sich als warme Luft erwiesen. Die Protestaktionen beim Finanzministerium und der ÖIAG-Zentrale waren mehr als flau. Ein Protestmarsch gegen die Privatisierung der Post in Linz wurde von der Gewerkschaft boykottiert.

Das Präsidium empfiehlt indirekt dieses „Angebot“ zu akzeptieren. **Alle Aussagen gegen die Privatisierung sind damit hinfällig.** KritikerInnen werden von Gewerkschaftsführung und Unternehmenszentrale als Verunsicherer beschimpft und sollen offenbar mit Willkür und Gerichten zum Schweigen gebracht werden.

In der **GLB-Petition an den Nationalrat** von 2005 heißt es: „Die **Post ist eine elementare Einrichtung einer funktionierenden Infrastruktur** und darf daher nicht privatisiert werden, egal ob durch einen Verkauf oder einen Börsengang. Die Post muss im öffentlichen Eigentum erhalten bleiben. Ein **verfassungsmäßiger Schutz des öffentlichen Eigentums** ist notwendig.“

- **Daher lehnt der GLB die Privatisierung der Post grundsätzlich ab.** Wir empfehlen bei der **Urabstimmung vom 4. bis 7. April 2006** mit „Nein“ zu stimmen und zusätzlich den **Vermerk „Nein zur Privatisierung der Post“** auf den Stimmzettel zu schreiben.